

3.

Umsetzung des Konzeptes zur Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern in Marl und Vorlage der Verwaltung Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern (Vorlagen-Nr. 2015/0018)

Herr Unterberg korrigiert einige in der Anlage der Vorlage genannten Zahlen: In der Tabelle „Soziale Einrichtungen für Asylbewerber“ sind die Fernsprechgebühren für das Jahr 2014 auf 22 € zu berichtigen, die vertraglichen Dienstleistungen für das Jahr 2014 auf 79.346 €, die Gesamtausgaben in der Spalte auf 445.081 € und der Zuschussbedarf auf 91.660 €.

Herr Unterberg informiert, dass es im Januar 2015 bis heute 28 Zugänge (21 Erstzuweisungen, 6 Folgeanträge, 1 Geburt) und 9 Abgänge gegeben habe (1 freiwillige Ausreise, 6 Umzug in Wohnungen, 2 sonstige). Per Saldo ergibt sich ein Zuwachs von 19 Personen. Z.Z. leben 314 Personen in den Gemeinschaftsunterkünften. Davon können 25 Personen (eine Familie mit 7 Personen, eine Familie mit 5 Personen, eine Familie mit 2 Personen, Rest Einzelpersonen) demnächst in eine eigene Wohnung ziehen, da Mietverträge überwiegend zum 01.02.2015 abgeschlossen werden konnten.

Danach beantwortet er Fragen der Ausschussmitglieder. Auf Grund eines Zeitungsaufrufes konnten einige Mietverhältnisse zwischen Asylbewerbern und privaten Vermietern geschlossen werden. Der Großteil der Mietverträge sei jedoch mit der Neuma abgeschlossen worden. Sofern der Fachverwaltung menschenwürdige Wohnungen angeboten worden sind, geht sie auf die Personen zu, für die der Wohnraum angemessen ist. Niemand wird zum Abschluss eines Mietvertrages gezwungen. Von 636 Personen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, und am 31.12.2014 in Marl lebten, wohnten 295 Personen in Gemeinschaftsunterkünften, die restlichen in Privatwohnungen. *)

Herr Pfänder teilt mit, dass Vertreter seiner Fraktion im Röttgershof gewesen seien und die Wohnverhältnisse dort für menschenunwürdig hielten (sanitäre und räumliche Verhältnisse, Belegung der Räume). An diesem Missstand müsse gearbeitet werden.

*) Anmerkung der Schriftführung: Zur Frage, warum im September 2014 überdurchschnittlich viele Menschen, die in den Gemeinschaftsunterkünften gelebt haben, abgeschoben worden seien, teilte das Ausländeramt auf Befragen mit, dass in diesem Monat insgesamt 3 Familien mit mehreren Familienmitgliedern abgeschoben worden seien, teils in ihre Heimatländer, teils auf Grund des Dubliner Übereinkommens nach Belgien.